

BND

Rückzug aus dem Äther

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat sich aus wichtigen Teilen der Fernmeldeaufklärung zurückgezogen. Grund: Die aufwendigen weltweiten Fahndungsmaßnahmen im Bereich des internationalen Terrorismus und des Drogenhandels blieben ohne greifbare Ergebnisse. Die Befugnis, im Rahmen „strategischer Kontrollmaßnahmen“ auch den deutschen Telefon-, Fax- und Fernschreibverkehr mit dem Ausland zu belauschen, war dem Dienst 1994 im Rahmen des Verbrechensbekämpfungsgesetzes zugestanden worden. Die Ausbeute Tausender abgefangener „Fernmeldeverkehre“ nach Nahost und Südamerika war selbst nach Auffassung der Pullacher viel zu gering. Jetzt wird im Äther nur noch nach Exporteuren von High-Tech für Massenvernichtungswaffen und nach Rüstungsschiebern gefahndet.

EUROPA

Gefährliches Spielzeug

Ein von Umweltschützern gefordertes Verbot chemischer Weichmacher in Baby-Spielzeug wurde von der Europäischen Kommission am vergangenen Mittwoch erneut vertagt. Weitere wis-

senschaftliche Studien sollen jetzt erforschen, ab welcher Menge die den Beißringen und Quietschetierchen zugesetzten Stoffe Leber, Nieren und Geschlechtsorgane der Babys schädigen. Abgewiesen wurde damit die Forderung der obersten Verbraucherschützerin der EU-Behörde, Kommissarin Emma Bonino, das gefährliche PVC-Spielzeug in der gesamten Europäischen Union sofort aus den Regalen zu verbannen – so wie in Dänemark, Spanien, Belgien und Italien bereits geschehen. Hintergrund des abwartenden Verhaltens: Die Kommission fürchtet einen Konflikt mit einer der größten Export-Nationen für Plastikspielzeug, den Vereinigten Staaten. Die bündnisgrüne Europa-Parlamentarierin Hiltrud Breyer wirft der Spielzeug-Industrie vor, sie setze die EU-Kommission unter Druck und „die Gesundheit von Kindern aufs Spiel“.



Kinder mit Plastikspielzeug

ATOMSCHMUGGEL

Wilde Theorien

Die Hanauer Staatsanwaltschaft geht dem Verdacht nach, das 1994 an Bord einer Lufthansa-Maschine von Moskau nach München geschmuggelte Plutonium stamme aus Beständen, die womöglich illegal in einer Anlage der Hanauer Atomindustrie verarbeitet wurden. Die umstrittene Gießener „Arbeitsgemeinschaft physikalische Analytik und Meßtechnik“ (Arge PHAM) hatte kürzlich in einem Bericht für die Staatsanwaltschaft behauptet, bei einer Explosion in der Atomfirma Nukem seien im Januar 1987 viele Mitarbeiter schwer radioaktiv verseucht worden. Nach den bisherigen Erkenntnissen hat es diese Explosion jedoch nie gegeben.

Außerdem hatten die Wissenschaftler eine Beziehung zum Münchner Plutonium-Schmuggel hergestellt. Daraufhin wurden die Staatsanwälte aktiv. Über das Bonner Umweltministerium baten sie die Kontrollbehörde Euratom in Luxemburg um Amtshilfe. Deren Experten sollen klären, ob das Schmuggelgut mit Plutoniumproben aus Hanau übereinstimmt. Das Wiesbadener Umweltministerium, zuständig für die Aufsicht über die Nuklearbetriebe, wurde offenbar nicht über die Vermutungen informiert. Bei den Experten in Luxemburg wird der Verdacht nicht ernst genommen, sondern inoffiziell als „wilde Theorie“ und „völlig abstrus“ abgetan. Bei den Ermittlungen würden nur Steuergelder verschwendet, das nach München geschmuggelte Plutonium stamme höchstwahrscheinlich aus Rußland.